

#1 / FEB 2026

AWO ZEITUNG



Jede Stimme zählt: Ein Frankfurt für alle

„AWO MELDET SICH ZURÜCK“

Veranstaltung des Kreisverbandes
zur Kommunalwahl 2026

FRANKFURT ZWISCHEN ZWEI WELTEN

Warum soziale Gerechtigkeit
vor Ort beginnen muss

ARBEITERWOHLFAHRT 2.0

Impulse für das Ehrenamt



LIEBE LESERINNEN UND LESER, LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE DER AWO,

nach einer längeren Pause ist sie zurück: Unsere AWO-Zeitung erscheint wieder regelmäßig – viermal im Jahr. Damit schaffen wir erneut einen Raum für vertiefte Informationen, für Debatten, für Berichte aus dem Verband und für sozialpolitische Positionierungen.

Aber auch die AWO-News bleiben bestehen. Sie sind und bleiben das schnelle Medium für aktuelle Informationen. Beide Formate ergänzen sich bewusst. Wir wollen dafür sorgen, die Informationen schnell unter den Ortsvereinen zu verteilen, aber auch allen Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, sich einzubringen, mitzumachen und sich zu vernetzen – unabhängig davon, wo sie leben.

Damit werden wir der Entwicklung des Kreisverbandes gerecht. Die Ortsvereine bleiben wichtige Stationen und das Fundament unserer ehrenamtlichen Arbeit. Zugleich wollen wir jenen Mitgliedern eine aktive Mitwirkung ermöglichen, die in Stadtteilen ohne aktive Ortsvereine leben oder die engagiert sind, aber keinen eigenen Vorstand bilden können. Beteiligung darf nicht an formalen Strukturen scheitern – sie ist Kern unseres Selbstverständnisses.

Dazu gehört auch unsere sozialpolitische Sichtbarkeit – es ist an der Zeit, dass wir uns auch sozialpolitisch wieder zu Wort melden. Die Kommunalwahl steht vor der Tür und da muss eine AWO klar Stellung beziehen. Es geht um die Zukunft der Sozialpolitik in Frankfurt. Das ist auch ein großes Thema in dieser Ausgabe der AWO-Zeitung.

Wir berichten über unsere kommunalpolitische Veranstaltung, bei der bereits wichtige Pflöcke für die sozialpolitischen Vorstellungen der AWO Frankfurt eingeschlagen wurden. Das Präsidium hat ebenfalls kommunalpolitische Leitlinien entworfen, die in der nächsten Kreiskonferenz beschlossen werden sollen und die Georg Weigel auf Seite 9 vorstellt.

Wir greifen auch zentrale aktuelle Debatten auf: die stadtweite Verteilung sozialer Infrastruktur und die Diskussion um Obergrenzen von Migrantinnen und Migranten an Schulen. Manche Ideen verdienen eine klare, frühe Zurückweisung – auch dazu beziehen wir Stellung.

Weitere Beiträge widmen sich der Situation von Erbschaftssteuer und Pflege sowie dem Internationalen Weltfrauentag. Denn soziale Gerechtigkeit endet nicht an einem einzelnen Politikfeld.

Die besten Positionen bleiben wirkungslos, wenn sie nicht politisch umgesetzt werden. Dafür braucht es Mehrheiten. Gerade bei der Kommunalwahl ist das nicht immer einfach: Kumulieren und Panaschieren stellen viele Wählerinnen und Wähler vor Herausforderungen. Deshalb erklären wir das Kommunalwahlsystem verständlich, damit jede und jeder genau das wählen kann, was er oder sie wirklich will.

Natürlich berichten wir auch aus dem Verband: von der Bundeskonferenz bei der der Kreisverband Frankfurt über den Bezirk Hessen-Süd gut vertreten war, über Neuerungen in den Arbeitsgemeinschaften des Präsidiums, die sich schwerpunktmäßig um die ehrenamtliche Arbeit kümmern, und über besondere Mitglieder, die unsere AWO prägen. Wir stellen Agnes Schwarz vor, seit 80 Jahren Mitglied im Ortsverein Gallus, sowie Barbara Schwarz und ihr beeindruckendes Schulranzenprojekt.

Und schließlich blicken wir zum Jahresanfang wie immer nach vorn: Wie geht es unserem Verband, wie geht es weiter? Wir stehen vor wichtigen Weichenstellungen – wir suchen einen neuen strategisch-operativen Vorstand. Damit werden wir zeitnah gut aufgestellt sein. Und wir eröffnen in der Darmstädter Landstraße unseren vierten Pflegestandort. Dieser Teilumzug aus dem Röderbergweg nach Sachsenhausen ist mehr als ein Ortswechsel: Er ist ein Meilenstein in der Weiterentwicklung unserer Pflegearbeit. Dazu aber mehr in der nächsten Ausgabe.

Diese Zeitung soll informieren, motivieren und zur Mitwirkung einladen. Wir freuen uns, wenn Sie sie lesen, weitergeben, diskutieren – und sich einbringen.

Petra Rossbrey,
Vorsitzende des Präsidiums

INHALT

02 Editorial

03 „AWO meldet sich zurück“

Veranstaltung des Kreisverbandes zur Kommunalwahl 2026

06 Kommunalwahl 2026 in Frankfurt

So geht wählen richtig

06 Für echte Chancengerechtigkeit

07 115 Jahre Frauenkampf

08 Die AWO gedenkt

08 Die AWO sagt Danke!

09 Frankfurt zwischen zwei Welten

Warum soziale Gerechtigkeit vor Ort beginnen muss

10 „Kein Herbst des sozialen Rückschritts“

Arbeiterwohlfahrt beschließt politische Ausrichtung

11 AWO Frankfurt entwirft sozialpolitische Leitlinien

12 Erbschaftssteuer

Ist „Oma ihr klein Häuschen“ in Gefahr?

12 Pflegedienst-Mini statt RTW

Wie weiter mit der Pflegeversicherung?

13 Arbeiterwohlfahrt 2.0

Impulse für das Ehrenamt

14 80 Jahre dabei

Aggi Schwarz und ihre AWO

14 Gelebte Solidarität

„Mein erster Schulranzen“ – Ein Herzensprojekt

„AWO MELDET SICH ZURÜCK“

VERANSTALTUNG DES KREISVERBANDES ZUR KOMMUNALWAHL 2026

🗨️ Hans-Georg Weigel, Beisitzer im Präsidium 📷 © Mario Lubrich/AWO Frankfurt



Die „AWO meldet sich zurück“: Mit diesen Worten eröffnete Petra Rossbrey, Vorsitzende des Präsidiums, die Veranstaltung des AWO Kreisverbandes Frankfurt am Main am 21. Januar 2026 zur anstehenden Kommunalwahl. Mit „Soziale Politik für Frankfurt: Vom Nebeneinander zum Miteinander – Strategien für eine gerechte Stadt“ war der Abend im nahezu voll besetzten Panoramasaal der evangelischen Akademie überschrieben.

In ihrem Eingangsstatement stellte Petra Rossbrey fest: Obwohl der Kommunalwahlkampf bereits läuft und Parteien um Wählerstimmen werben, werden schwächere Bevölkerungsgruppen oft übersehen – etwa Menschen mit geringen Ressourcen oder ohne starke Lobby, die sich häufig nur durch Wahlenthaltung äußern können. Dies schwäche die Demokratie, die auf die Teilhabe aller angewiesen ist, nicht nur der lautesten oder einflussreichsten Gruppen.

SOZIALE UNGLEICHHEIT TROTZ REICHTUM

Daher setze sich die Arbeiterwohlfahrt Frankfurt mit der Veranstaltung für eine gerechtere Stadt ein, die allen Menschen gerecht wird. Frankfurt ist reich, doch soziale Ungleichheit bleibt: Trotz hoher Sozialausgaben (2,76 Mrd. Euro) erreichen Hilfen oft nicht die Schwächsten. Statt nur mehr Geld zu fordern, braucht es bessere Koordination der Angebote und echte Teilhabe.

Aktuell profitieren Wohlhabende stärker von öffentlicher Infrastruktur. Die AWO Frankfurt fordert: vom Nebeneinander zum Miteinander – für eine gerechte Stadt, in der alle gehört und unterstützt werden. Demokratie lebt von Inklusion, nicht von stiller Enthaltung. Wir brauchen mehr als Einzellösungen – wir fordern eine gesamtstädtische Strategie für soziale Gerechtigkeit.



*Mitreden, Mitgestalten und Mitfordern:
Das Publikum brachte sich engagiert in
die Diskussion ein.*



*Professor Dr. Mario Rund
setzte mit seinem
Vortrag wissenschaftlich
fundierte Impulse.*

SOZIALE GERECHTIGKEIT BRAUCHT SOLIDARISCHE STADTPOLITIK

Den inhaltlichen Einstieg gab Prof. Dr. Mario Rund, Professor für Soziale Arbeit an der Hochschule Darmstadt. Er machte deutlich, dass soziale und räumliche Ungleichheit nicht zufällig entsteht. Sie hänge eng damit zusammen, wie Stadtentwicklung, soziale Angebote, Möglichkeiten der Beteiligung und Mitbestimmung sowie politische Entscheidungen zusammenspielen.

Rund wies darauf hin, dass sich soziale Probleme in bestimmten Stadtteilen häufen: hohe Wohnkosten, Verdrängung, fehlende gruppenübergreifende Treffpunkte und wachsende Einsamkeit. Dies gefährde nicht nur den sozialen Zusammenhalt, sondern auch das Vertrauen in Politik und Demokratie.

Sein zentrales Anliegen ist: Frankfurt braucht eine gemeinsame, langfristige Strategie für soziale Gerechtigkeit. Anstatt immer neuer Einzelprojekte brauche es besser abgestimmte Angebote, die sich am tatsächlichen Bedarf der Menschen orientieren und verlässlich wirken. Besonders wichtig sind Orte im Quartier, an denen sich Menschen nach ihren Regeln begegnen, Unterstützung finden und mitreden können – unabhängig von Alter, Herkunft oder Lebenssituation.

AUSGRENZUNG BENENNEN UND ENTGEGENWIRKEN

Eine wichtige Rolle spielt dabei die bessere Verknüpfung verschiedener Planungen in der Verwaltung und der Ausbau der Quartiers- und Sozialraumarbeit, denn sie kann Brücken schlagen zwischen Menschen, sozialen Angeboten, Verwaltung und Politik. Gute Beteiligung und Mitbestimmung entstehen nicht durch einzelne Veranstaltungen, sondern durch kontinuierliche Arbeit, Vertrauen und persönliche Ansprache im Alltag.

Rund betonte außerdem, dass soziale Fragen im politischen Wettbewerb nicht vereinfacht oder gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Eine solidarische Stadtpolitik müsse Ausgrenzung klar benennen und ihr entgegenwirken.



Soziale Politik für F

Vom Nebeneinander zum Mite
Strategien für eine gerechte

IM GESPRÄCH MIT SPD, CDU, GRÜNE UND LINKE

Im Rahmen der anschließenden Podiumsdiskussion vertieften Ursula Busch (Fraktionsvorsitzende der SPD im Römer und Mitglied im Ausschuss für Soziales und Gesundheit), Sabine Fischer (sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Römer und Mitglied im Ausschuss für Soziales und Gesundheit), Dimitrios Bakakis (Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN im Römer) sowie Ayse Dahlhoff (DIE LINKE im Römer, Mitglied im Ausschuss für Soziales und Gesundheit) die zentrale Frage, wie gut die sozialen Angebote und die soziale Infrastruktur Frankfurts tatsächlich aufeinander abgestimmt und koordiniert sind.

Frankfurt

einander –
die Stadt



Ursula Busch,
SPD

FLÄCHENDECKENDE QUARTIERSMANAGEMENTS

Ursula Busch hob die Notwendigkeit eines flächen-deckenden Quartiersmanagements hervor, das ursprünglich als temporäre Lösung gedacht war, sich in ausgewählten Stadtteilen jedoch sehr bewährt habe. Ihr Ziel ist eine Ausweitung auf alle Stadtteile, beginnend in besonders belasteten Gebieten.

Das Quartiersmanagement biete nicht nur eine zentrale Anlaufstelle für Informationen und individuelle Hilfen, sondern fördere zugleich die Vernetzung im Stadtteil. Zudem plädierte Busch für ein Frühwarnsystem, das problematische Entwicklungen in den Quartieren frühzeitig sichtbar macht.



Dimitrios Bakakis,
Die GRÜNEN

AUSBAU DIGITALER TEILHABE

In der ersten Fragerunde stellte Petra Rossbrey mit Bezug auf die unterschiedlichen Parteiprogramme gezielte Fragen an die Podiumsteilnehmenden. Auf die Nachfrage nach den Effekten der Armutskonferenz 2025 verwies Dimitrios Bakakis auf die bessere Verknüpfung verschiedener Daten sowie die intensivierte Zusammenarbeit der Ämter als entscheidende Fortschritte.

Nun, da die Bedarfe sichtbar seien, könne gezielt reagiert werden. Zum Thema Digitalisierung betonte er die Bedeutung digitaler Teilhabe und sprach sich für den weiteren Ausbau des Systems der „digitalen Lotsen“ aus.



Sabine Fischer,
CDU

PASSGENAUE ANGEBOTE DURCH KOORDINATIONSLEISTUNGEN

Sabine Fischer (CDU), Schulleiterin in einem westlichen Frankfurter Stadtteil, kennt die Herausforderungen aus der Praxis. Sie forderte passgenaue Angebote und betonte, dass die Zusammenarbeit von Jugendhilfe, Stadtentwicklung und Schulen nicht „nebenher“ funktionieren könne, sondern eigener Koordinationsleistungen bedürfe. Auf die Frage nach der Digitalisierung antwortete sie klar: „Es muss auch analoge Angebote geben.“



Ayse Dahlhoff,
Die Linke

NIEDRIGSCHWELBIGKEIT ALS CREDO

Ayse Dahlhoff (Die Linke) verwies auf die ausreichenden finanziellen Mittel der Stadt, die an Träger weitergegeben werden könnten. Das eigentliche Problem liege darin, dass viele Bürger:innen die bestehenden Angebote gar nicht kennen. Sie forderte deshalb mehr Niedrigschwelligkeit, etwa durch den Ausbau des Quartiersmanagements, und nannte als Beispiel die „Stadtteil-Flüsterer“ im Ortsbezirk 10. Statt einer Priorisierung einzelner Stadtteile sprach sie sich für ein spezifisches Jugend-Quartiersmanagement aus.

QUARTIERSMANAGEMENTS UND BERATUNGSANGEBOTE IM FOKUS

In der zweiten Diskussionsrunde rückte die Priorisierung von Stadtteilen in den Fokus – ein Ansatz, den alle Parteien außer DIE LINKE für notwendig hielten. Dabei sollten die Bereiche Bildung, Stadtentwicklung, Jugendhilfe und Gesundheit gleichermaßen berücksichtigt werden.

Im abschließenden Plenum standen die Bedeutung des Quartiersmanagements und die Erfahrungen mit Beratungswohnungen in belasteten Wohngebieten im Mittelpunkt. Ein Redner mahnte, die Sozialarbeit müsse wieder stärker auf die Straße gehen. Auf den Hinweis, Verteilungs- und Generationengerechtigkeit zu beachten, verwiesen Vertreter:innen von SPD, GRÜNEN und CDU auf die Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlaments. Der Beratungs-Bus in Griesheim zeige bereits, wie Beratung direkt zu den Menschen gebracht werden könne.

Auf die Schlussfrage der Moderatorin, wie die neue Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse eine ganzheitliche Planung umsetzen könnten, zeigten sich SPD, GRÜNE und CDU offen für integrierte Lösungen, während DIE LINKE eher zurückhaltend reagierte.

Mit dem Versprechen, die aufgeworfenen Themen in weiteren Veranstaltungen zu vertiefen, beendete Petra Rossbrey die Diskussion.



KOMMUNALWAHL 2026 IN FRANKFURT

SO GEHT WÄHLEN RICHTIG

Am 15. März 2026 findet die Kommunalwahl in Frankfurt am Main statt. Als Service für unsere Leserinnen und Leser haben wir hier die wichtigsten Informationen rund um die Stimmabgabe zusammengestellt.

WÄHLEN PER BRIEFWAHL

Sobald Sie Ihre Wahlbenachrichtigung erhalten, finden Sie auf der Rückseite ein Formular, mit dem Sie die Briefwahlunterlagen direkt beantragen können. Füllen Sie das Formular aus, unterschreiben Sie es

BENÖTIGEN SIE UNTERSTÜTZUNG?

Falls Sie Fragen haben oder Unterstützung benötigen, wenden Sie sich an das **Wahlamt der Stadt Frankfurt am Main** (Telefon: **069 212-40400**). Die aktuellen Kontaktdaten finden Sie auch auf Ihrer Wahlbenachrichtigung oder auf frankfurt.de.

Nutzen Sie die Briefwahl oder den Gang ins Wahllokal, um Ihre Stimme sicher abzugeben – Ihre Teilnahme zählt!

und senden Sie es per Post an das Wahlamt Frankfurt (Adresse: Stiftstr. 29, 60313 Frankfurt) oder geben Sie es persönlich im Bürgeramt ab. Alternativ können Sie den Antrag auch einscannen und per E-Mail an briefwahl@stadt-frankfurt.de oder wahlamt.info@stadt-frankfurt.de senden.

Wichtig ist, dass Ihr **Antrag bis spätestens Freitag, den 13. März 2026, 13:00 Uhr, beim Wahlamt** eingeht, damit Sie die Unterlagen rechtzeitig erhalten.

Sobald Ihre Briefwahlunterlagen da sind, füllen Sie den **Stimmzettel** in Ruhe zu Hause aus und senden Sie ihn so zurück, dass er **spätestens am 15. März 2026, 18:00 Uhr, beim Wahlamt** eingegangen ist.

WAHL IM WAHLLOKAL

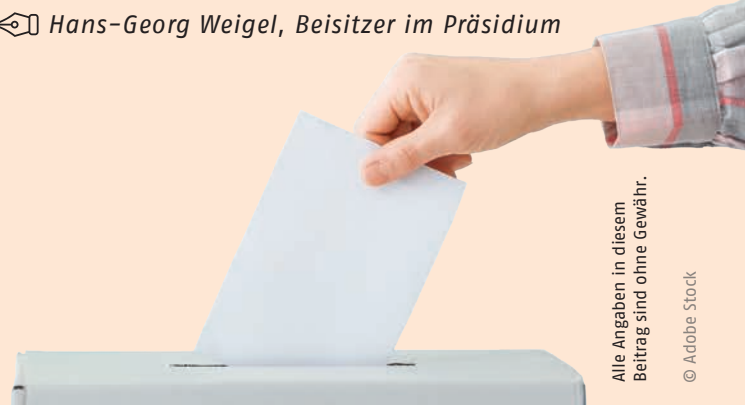
Gehen Sie am **15. März 2026** in das auf Ihrer Wahlbenachrichtigung angegebene Wahllokal und nehmen Sie Ihren Personalausweis oder Reisepass (und möglichst die Wahlbenachrichtigung) mit. Die Stimmabgabe im Wahllokal ist von 08:00 bis 18:00 Uhr möglich. Die Wahlhelfer*innen prüfen Ihre Daten im Wählerverzeichnis, Sie erhalten Ihren Stimmzettel und können damit in die Wahlkabine gehen.

STIMMZETTEL AUSFÜLLEN

In Frankfurt haben Sie bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung 93 Stimmen, die Sie frei verteilen können:

- Sie können **ein Listenkreuz setzen**. Die Stimmen werden dadurch nach einer festgelegten Regel auf die Kandidaten der gewählten Liste verteilt – beginnend von oben nach unten. Der Stimmzettel wird am Ende so gewertet, als ob diese Kandidaten explizit gewählt worden wären.
- Oder Sie vergeben Ihre Stimmen **individuell**: Sie können einzelnen Kandidat*innen bis zu drei Stimmen geben und Ihre Stimmen auf verschiedene Listen aufteilen („kumulieren und panschieren“). **Achtung:** Geben Sie **nicht mehr als 93 Stimmen** ab, sonst wird Ihr Stimmzettel ungültig.

Hans-Georg Weigel, Beisitzer im Präsidium



Alle Angaben in diesem Beitrag sind ohne Gewähr.

© Adobe Stock

FÜR ECHTE CHANCENGERECHTIGKEIT

Eine Quote für Kinder mit Migrationshintergrund in der Schule – Bundesbildungsministerin Prien hat es in einem Interview in den Raum gestellt, das hat viel Aufmerksamkeit erzeugt. Aber es lenkt die Debatte in die falsche Richtung und vom eigentlichen Problem ab: Es geht nicht um Prozente, sondern um Chancen – und die sind ungleich verteilt.

Richtig ist: Viele Kinder mit Migrationsgeschichte haben einen schweren Start in der Schule, oft wegen mangelnder Deutschkenntnisse. Doch wer daraus schließt, dass eine Obergrenze in Schulklassen die Lösung sei, verkennet die strukturellen Ursachen. Diese Kinder werden häufig nicht ausreichend gefördert. Ihre Schulen – besonders in sogenannten Brennpunktvierteln – sind seit Jahren chronisch unterfinanziert und personell unterversorgt.

Stattdessen sind Gymnasien und Grundschulen in wohlhabenderen Vierteln besser ausgestattet, verfügen über kleinere Klassen, mehr Förderangebote und enga-



© Mario Lubrich/AWO Frankfurt

gierte Eltern. Wer es sich leisten kann, meldet seine Kinder um, wenn der Migrantanteil als „zu hoch“ empfunden wird – ein Phänomen, das Bildungssegregation weiter verschärft.

Eine Quote würde genau dort, wo die Herausforderungen am größten sind, nicht greifen – weil der Anteil an Migrant*innen dort ohnehin weit über jeder denkbaren Grenze liegt. Sie wäre also keine Lösung, sondern ein Zeichen fehlender Solidarität.

Was wirklich gebraucht wird, ist gezielte Förderung: Sprachkurse, mehr Personal, Schulsozialarbeit und Investitionen in Infrastruktur – gerade dort, wo die sozialen Herausforderungen am größten sind. Eine faire Bildungspolitik darf sich nicht an Herkunft orientieren, sondern muss allen Kindern die gleichen Chancen eröffnen – unabhängig davon, woher sie kommen oder wo sie wohnen. Das wäre echte Solidarität – und ein Schritt hin zu mehr Bildungsgerechtigkeit.

Petra Rossbrey, Vorsitzende des Präsidiums

115 JAHRE FRAUENKAMPF

📖 Lisa Schmidt, Verbandsreferentin

Der Internationale Frauentag am 8. März ist ein fester Bestandteil unseres gesellschaftlichen Engagements für Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit. Seit nunmehr 115 Jahren demonstrieren Frauen, Männer und LGBTQ+-Vertretende weltweit für ein selbstbestimmtes Leben, politische Teilhabe und faire Arbeitsbedingungen.

Ausgangspunkt dieser Emanzipationsbestrebungen waren die Kämpfe um grundsätzliche politische und bürgerliche Rechte. Die Forderung nach dem Frauenwahlrecht war eines der populärsten Begehren dieses zeitgeschichtlichen Kontextes. Und deren Umsetzung gilt als einer der größten Erfolge moderner sozialer Bewegungen, da sie die politische Teilhabe von mehr als 50 Prozent der Bevölkerung sicherstellte.

Auch wenn in vielen Ländern das Frauenwahlrecht nach und nach verwirklicht werden konnte, erscheint wirkliche Gleichberechtigung weder in Deutschland

noch im Rest der Welt realisiert. Denn politische Integration und Gleichberechtigung reichen weiter als zum aktiven und passiven Wahlrecht. Die Kämpfe um faire Entlohnung, Abschaffung des Abtreibungsverbots und angemessene Arbeitsbedingungen brachten und bringen auch heute noch viele Menschen auf die Straße. Viele der Forderungen betreffen insbesondere Frauen aus der Arbeiterschaft.



Unter Leitung der Frauenrechtlerin Marie Juchacz wurde am 13. Dezember 1919 die Arbeiterwohlfahrt gegründet.

Als Wohlfahrtsverband mit einer langen Tradition im Einsatz für soziale Gerechtigkeit setzen wir uns kontinuierlich für Chancengleichheit und die Stärkung von Frauen ein. Hier nehmen wir explizit Frauen aus prekären Lebens- und Arbeitsverhältnissen in den Blick, welche Diskriminierungserfahrungen auf mehreren Ebenen erfahren.

Zugleich prägen Frauen die Arbeit der AWO in vielfältiger Weise – als Beschäftigte, Ehrenamtliche, Führungskräfte und Nutzende der Angebote. Insbesondere in den sozialen und pflegerischen Arbeitsfeldern leisten sie einen wesentlichen Beitrag zur täglichen Arbeit des Verbandes.

Der Internationale Frauentag ist für uns daher nicht nur ein symbolischer Gedenktag, sondern Ausdruck einer historischen und aktuellen Verantwortung, die aus der gemeinsamen Geschichte von Frauenbewegung und Arbeiterwohlfahrt erwächst.

AWO-MITGLIEDER SIND TEIL EINER STARKEN GEMEINSCHAFT

Unsere Mitglieder sind das Herz unserer Organisation. Sie sind in 33 Ortsvereinen mit Freizeit- und Informationsangeboten in ganz Frankfurt aktiv und geben dem Verband seine inhaltliche Ausrichtung. Wenn Sie dabei sein möchten haben Sie hier die Möglichkeit dazu.

VORTEILE EINER MITGLIEDSCHAFT

- Sie unterstützen die Arbeit der AWO finanziell und ermöglichen zusätzliche Angebote für Menschen, die Hilfe benötigen.
- Sie können Freizeitangebote wahrnehmen und werden Teil einer großen Gemeinschaft
- Durch Ihre Mitgliedschaft verleihen Sie den sozial-politischen Forderungen der AWO eine starke Stimme.
- Sie profitieren von einer kostenlosen Sozial- und Schuldnerberatung
- Sie erhalten regelmäßig unsere AWO-News mit brandaktuellen Veranstaltungstipps sowie die AWO-Zeitung mit Informationen rund um den Mitgliederverband, Politik, Gesundheit und Pflege.
- Ihre Meinungen und Ideen sind gefragt. Nehmen Sie Ihre Mitgliedsrechte wahr und bestimmen Sie die Ausrichtung der AWO mit.

BEITRITTSERKLÄRUNG VON

Nachname

Straße

E-Mail-Adresse

☐ Einzelmitgliedschaft (Mindestbeitrag 2,50 Euro)

☐ Familienmitgliedschaft (Mindestbeitrag 4,00 Euro)

Eintrittsdatum

Vorname

PLZ

Ort

Geburtsdatum

SEPA LASTSCHRIFTMANDAT

- ☐ Ich ermächtige die AWO Frankfurt, den Monatsbeitrag in Höhe von € (min. 2,50 €) mittels Lastschrift vom genannten Konto einzuziehen.

MEINE BANKVERBINDUNG

Bank/Kreditinstitut

Kontoinhaber*in (falls abweichend von oben)

IBAN

BIC

Datum, Unterschrift



KONTAKT

Verbandsreferat
Arbeiterwohlfahrt Frankfurt e. V.
T 069 298 901-41 oder -81
E verbandsreferat@awo-frankfurt.de
I www.awo-frankfurt.de



DIE AWO GEDENKT

KURT SCHOMBURG
OV Eckenheim

„Katholisch und links“, so stellte er sich gerne augenzwinkernd vor. Tagsüber Warenhaus-Manager, abends entschiedener Kämpfer für die, die Hilfe brauchten.

Während er die Woche über die Filialen des Hertie-Konzerns in kapitalistischer Profiterzielung beriet, war er privat entschiedener SPD-Kämpfer für die Gerechtigkeit, im Ortsbeirat wie als Stadtbezirksvorsteher in seinem Stadtteil Eckenheim. So diente er auch selbstverständlich seinem AWO-Ortsverein in verschiedenen Funktionen, zuletzt als Vorsitzender, bis ihn seine Krankheit an weiterem Engagement hinderte.

OTILIA ALTMANN
OV Sachsenhausen

Mit tiefer Anteilnahme nehmen wir Abschied von Ottilia Altmann, die am 21. Januar 2026 verstorben ist. „Otti“ war mehr als 33 Jahre AWO-Mitglied und langjährige Vorstandsvorsitzende des Ortsvereins Sachsenhausen. Mit außergewöhnlichem Engagement und viel Herzblut hat sie den Ortsverein geprägt und nachhaltig mitgestaltet. Sie brachte zahlreiche Projekte auf den Weg, so dass der Ortsverein mit vielfältigen, regelmäßigen Gruppenangeboten das kulturelle Angebot für ältere Mitbürger*innen erweiterte. Ihr Einsatz und ihre wertschätzende Menschlichkeit werden Teil unseres Andenkens sein.



DIE AWO SAGT DANKE!

„FRANKFURT ERINNERT DICH“ EINE BESONDERE BUSFAHRT

Mit der Bustour „Frankfurt erinnert Dich“ konnten die Bewohnerinnen und Bewohner des Johanna-Kirchner-Altenhilfeszentrums ihre Stadt noch einmal persönlich erleben. Ziel war es, Orte zu besuchen, die für sie eine besondere Bedeutung haben – von früheren Wohnorten über vertraute Straßen bis zu Plätzen voller Erinnerungen. Die Haltestellen wählten die Teilnehmenden selbst, egal ob mit Rollator, Rollstuhl oder zu Fuß unterwegs.

Während der Fahrt wurden Geschichten geteilt, Anekdoten erzählt und Erinnerungen geweckt. „Ich hatte Tränen in den Augen“, berichtete eine Bewohnerin, als der Bus an ihrem früheren Zuhause vorbeifuhr. Die Tour zeigte, wie wichtig Angebote sind, die Mobilität fördern, Erinnerungen aktivieren und gemeinsame Erlebnisse ermöglichen. Dank der Spende der **Alten- und Weihnachtshilfe der Frankfurter Rundschau e. V.** war der Ausflug möglich. Am Ende kehrten alle gesund zurück – und fragten: Wann fährt der nächste Bus?



Mit Ihrer Spende können wir mehr solcher tollen Ausflüge machen!

Unser Spendenkonto

Johanna-Kirchner-Stiftung
IBAN: DE84500502010000992976 | BIC: HELADEF1822
Verwendungszweck: Ausflüge 2026



Sie haben Fragen oder wollen mit einer Spende helfen?

Dirk Barth | Fundraising
AWO Frankfurt
T 069 29 89 01-46
E dirk.barth@awo-frankfurt.de

FRANKFURT ZWISCHEN ZWEI WELTEN

WARUM SOZIALE GERECHTIGKEIT VOR ORT BEGINNEN MUSS

 Petra Rossbrey, Vorsitzende des Präsidiums

Der Sozialatlas Frankfurt 2024 zeigt mit großer Klarheit, was viele soziale Träger, Initiativen und Ehrenamtliche seit Jahren erleben: In mehreren Stadtteilen – insbesondere im Westen und Osten der Stadt – leben Menschen unter deutlich schlechteren Bedingungen als in anderen Teilen Frankfurts. Quartiere wie Gallus, Riederwald, Griesheim-Ost, Fechenheim, Höchst-Süd, Sossenheim-Ost, Zeilsheim-Nord und Nied-Süd sind besonders betroffen. Armut, Arbeitslosigkeit und unsichere Lebensverhältnisse prägen dort den Alltag vieler Familien.

Für die AWO ist diese Realität kein abstraktes Zahlenwerk, sondern tägliche Praxis. Unsere Einrichtungen, Beratungsstellen und Ehrenamtlichen erleben unmittelbar, wie sehr Kinder, Jugendliche und Familien unter fehlenden Chancen leiden.

Die Zahlen sind alarmierend: Über 26 Prozent der Minderjährigen in diesen Stadtteilen gelten als armutsgefährdet, bei jungen Erwachsenen sind es fast 37 Prozent. Alleinerziehende trifft es mit über 43 Prozent besonders hart. Gleichzeitig fehlt es genau dort an stabiler sozialer Infrastruktur – an Nachbarschaftszentren, Jugendangeboten, Familienunterstützung, niedrigschwelliger Beratung und verlässlichen Begegnungsorten.

„WER HAT, DEM WIRD GEGEBEN“

Dabei zeigt sich immer deutlicher: Diese Ungleichheit ist kein Schicksal, sondern Ergebnis politischer Entscheidungen. Ein Beispiel aus dem Bildungsbereich macht das besonders deutlich. Das heutige Adorno-Gymnasium sollte ursprünglich gezielt im strukturschwachen Stadtteil Nied gegründet werden, um dort bessere Bildungschancen zu schaffen.



Nach Protesten wohlhabender Eltern wurde der Standort jedoch ins Westend verlegt – also dort hin, wo die Bedingungen ohnehin günstig sind. Die Folge: Während im Westen Frankfurts weniger als 40 Prozent der Schülerinnen und Schüler ein Gymnasium besuchen, liegt die Quote im Westend bei 93 Prozent. Der Ökonom Micael Castanheira bringt es treffend auf den Punkt: „Wir sprechen sehr viel über Bildung, aber zu wenig darüber, wo die Schulen hinkommen.“

SOZIALE TEILHABE MUSS ZENTRALE STRATEGIE WERDEN

Für die AWO ist klar: Eine Stadt, die soziale Gerechtigkeit ernst nimmt, darf solche Strukturen nicht hinnehmen. Es kann nicht sein, dass Angebote und Investitionen vor allem dort entstehen, wo sie am wenigsten gebraucht werden, während benach-

teiligte Stadtteile dauerhaft unterversorgt bleiben. Soziale Infrastruktur ist keine freiwillige Leistung, sondern eine Voraussetzung für echte Teilhabe.

Deshalb setzen wir uns als AWO für eine andere Prioritätensetzung ein: für starke Quartiere, gut ausgestattete soziale Einrichtungen, sichere Orte für Kinder und Jugendliche, Unterstützung für Familien und echte Beteiligung der Menschen vor Ort. Nicht Verdrängung, sondern Stärkung der bestehenden Nachbarschaften muss das Ziel sein.

Soziale Gerechtigkeit beginnt im Stadtteil. Sie zeigt sich darin, ob Kinder faire Bildungschancen haben, ob Familien Unterstützung finden, ob ältere Menschen eingebunden bleiben und ob niemand das Gefühl haben muss, abgehängt zu sein. Frankfurt hat die Möglichkeiten, diesen Weg zu gehen. Was es braucht, ist der politische Wille – und eine klare Haltung: Niemand darf zurückgelassen werden.

IMPRESSUM

Herausgeber
Arbeiterwohlfahrt
Kreisverband Frankfurt am Main e. V.
Henschelstraße 11
60314 Frankfurt am Main
T 069 29 89 01-0
F 069 29 89 01-10
E info@awo-frankfurt.de
I www.awo-frankfurt.de

Vertreten durch den Vorstand
Axel Dornis (Vorsitzender)
Dietmar Meng

Vereinsregister
Amtsgericht Frankfurt, VR 4186

Verantwortlich im Sinne des Presserechts (V.i.S.d.P.)
Gestaltung, Vollständigkeit, Inhalt: Mario Lubrich
Inhalt: Herbert Stelz
Henschelstraße 11, 60314 Frankfurt am Main

Redaktion
Herbert Stelz, Hans-Georg Weigel, Mario Lubrich,
Lisa Schmidt, Christoph Hoffmeier, Martina Scheer,
Helin Taskin

Bildnachweise
siehe Bildunterschriften

Gestaltung
www.himmelbraun.de

Druck
mt druck
Werner-Heisenberg-Straße 2
63263 Neu-Isenburg

Erscheinungsweise
Die AWO-Zeitung erscheint vierteljährlich und ist ein kostenfreier Informationsservice der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Frankfurt am Main e. V.

Haftungsausschluss
Nachdruck oder Veröffentlichung ist nur mit Genehmigung des Herausgebers gestattet. Einsender von Briefen und Manuskripten erklären sich mit der redaktionellen Bearbeitung einverstanden.

Einzelne Beiträge müssen nicht in allen Fällen die Meinung der Redaktion bzw. des Herausgebers wiedergeben. Der Herausgeber haftet nicht für unverlangte Einsendungen.

© AWO Frankfurt 2026

„KEIN HERBST DES SOZIALEN RÜCKSCHRITTS“

ARBEITERWOHLFAHRT BESCHLIESST POLITISCHE AUSRICHTUNG

📖 Auszug aus der Pressemeldung des AWO Bundesverbands vom 16.11.2025

Vom 14. bis 16. November 2025 tagte die Bundeskonferenz der Arbeiterwohlfahrt in Erfurt. Über 320 Delegierte aus ganz Deutschland berieten 198 Anträge und fassten dabei zentrale Beschlüsse für die politische und soziale Arbeit des Wohlfahrtsverbandes in den nächsten vier Jahren. Im Zentrum der Debatten standen der Einsatz für einen starken Sozialstaat und gegen Armut sowie der Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus.

„Der Herbst der Reformen darf kein Herbst des sozialen Rückschritts werden“, erklärte AWO-Präsident Michael Groß zu einer von den Delegierten einstimmig beschlossenen Resolution. „Für uns ist klar: Wir werden uns der Agenda der Sozialkürzungen und des Rückbaus der sozialen Sicherheit, die die Bundesregierung verfolgt, entschieden widersetzen“. In der Resolution positioniert sich die AWO unter anderem gegen Leistungskürzungen und härtere Sanktionen im Bürgergeld. „Unsere Vorschläge orientieren sich nicht an vermeintlichen Einsparzielen auf dem Rücken der Ärmsten, sondern daran, Ungleichheit zu beenden und sozialen Aufstieg zu ermöglichen“, so Groß weiter. „Ich freue mich daher, dass wir als AWO heute die Forderung nach kostenlosem Mittagessen in allen Kindertagesstätten, Schulen und Ausbildungsstätten erhoben haben!“

In ihrer Rede vor der Bundeskonferenz dankte Bundessozialministerin Bärbel Bas der AWO für ihren unermüdlichen Einsatz für Gerechtigkeit



Bundessozialministerin Bärbel Bas dankte der AWO für ihren Einsatz für Gerechtigkeit und Solidarität.

und Solidarität: „Wer den Sozialstaat rasieren will, hat mich zur Gegnerin! Unser Sozialstaat ist nicht nur ein Sicherheitsnetz – er ist das Rückgrat unserer Demokratie. Wo Menschen sich sicher fühlen, wo sie wissen, dass niemand durch das Raster fällt, da wächst Vertrauen. Das ist es, was Hass und Hetze die Kraft nimmt. Sozialpolitik ist also immer auch Demokratiepolitik – das habt Ihr besser verstanden als viele andere im Land!“

Neben der Sozialstaatsdebatte beschäftigte die Delegierten auch der Einsatz für Demokratie und gegen Menschenfeindlichkeit. Zu einer Resolution zu diesem Thema erklärte AWO-Präsidentin Kathrin Sonnenholzner: „Antisemitismus und Rassismus haben keinen Platz in unserer freien, demokratischen Gesellschaft. Mit großer Sorge müssen wir beobachten, wie menschenfeindliche Rhetorik und Gewalt von Jahr zu Jahr zunehmen – und immer salonfähiger werden. Wir stehen geschlossen zur Brandmauer und gegen alle, die sie angreifen.“

Die zentrale Rolle, die die Arbeiterwohlfahrt für eine nachhaltige, soziale Gesellschaft spielt, betonte auch Bundeskanzler Friedrich Merz in seinem Video-Grußwort an die Delegierten: „In diesen Zeiten kommt es mehr denn je darauf an, dass wir als Gesellschaft zusammenstehen. Dass wir vorangehen, ohne jemanden zurückzulassen. Wir freuen uns, dass wir bei den großen Aufgaben, die vor uns liegen, die AWO an unserer Seite haben. Wir brauchen die Arbeiterwohlfahrt als konstruktiv-kritischen Partner der Politik.“

Vor Ort zu Gast waren neben der Bundessozialministerin auch der Thüringer Ministerpräsident Voigt, die Thüringer Sozialministerin Schenk sowie Erfurts Oberbürgermeister Horn.



Bundeskonferenz der Arbeiterwohlfahrt im November 2025 in Erfurt.



AWO FRANKFURT ENTWIRFT SOZIALPOLITISCHE LEITLINIEN

✎ Hans-Georg Weigel, Beisitzer im Präsidium

Das Präsidium des AWO Kreisverbandes Frankfurt am Main hat die Arbeitsgruppe „AWO sozial“ beauftragt, sozialpolitische Leitlinien zu entwickeln, die die künftige programmatische und fachliche Ausrichtung des Kreisverbandes prägen. Die Leitlinien werden der nächsten Kreiskonferenz zur Beschlussfassung vorgelegt.

Frankfurt am Main ist weltoffen, aber sozial gespalten: Wohlstand und Armut liegen dicht beieinander. Um Zusammenhalt und Gerechtigkeit zu stärken, braucht es eine gesamtstädtische Strategie, die allen Menschen unabhängig von Herkunft oder Lebenslage Zugang zu Wohnraum, Bildung, Arbeit und Teilhabe ermöglicht. Bisherige Angebote sind fragmentiert und bieten keine durchgängige Lebenslaufbegleitung. Ziel ist daher ein „Zukunftsdezernat Bildung, Soziales und Jugend“, das Präventions- und Bildungsmaßnahmen langfristig koordiniert und absichert. Die Leitlinien schaffen dafür einen verbindlichen Handlungsrahmen.

Eine integrierte Strategie gegen Armut konzentriert sich auf Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende, Senior:innen, Wohnungslose und Menschen mit Migrationshintergrund. Geplant sind eine regelmäßige Armuts- und Reichtumsberichterstattung, der Ausbau lückenloser Präventionsketten von Frühen Hilfen bis zum Beruf sowie die Weiterentwicklung des Frankfurt-Passes zu einem digitalen, diskriminierungsfreien Teilhabeausweis mit erweiterten Leistungen wie kostenlosem ÖPNV, Kultur-, Bildungs- und Sportangeboten.

Bezahlbarer Wohnraum ist die Grundlage sozialer Stabilität. Der Baulandbeschluss muss konsequent umgesetzt und jährlich überprüft werden. Wirksame Mietbegrenzungen sollen Verdrängung verhindern,

während das Quartiersmanagement in benachteiligten Stadtteilen gestärkt wird. Gemeinschaftliche Wohnformen und kommunale Wohnungsunternehmen werden durch Förderprogramme unterstützt. Ein städtisches Frühwarnsystem soll soziale Verdrängung frühzeitig erkennen.

Ein „Frankfurter Plan für gute Arbeit“ setzt verbindliche Ziele für faire Beschäftigung, Tariftreue und gezielte Förderung benachteiligter Gruppen. Qualifizierungs- und Weiterbildungsprogramme in Zukunftsfeldern wie Digitalisierung, Pflege und Nachhaltigkeit müssen leicht zugänglich sein, um eine koordinierte kommunale Arbeitsmarktstrategie zu schaffen.

Kinderrechte müssen im Verwaltungshandeln verankert, Beteiligungsformate in allen Planungsprozessen sichergestellt werden. Präventionsketten von Frühen Hilfen bis zum Berufseinstieg benötigen klare Strukturen und sozialpädagogische Begleitung. Kitas und Schulen in benachteiligten Stadtteilen brauchen bessere Personalschlüssel, Kita-Sozialarbeit und armutsensible pädagogische Konzepte. Kostenfreie Bildungslokale und kommunale Lernförderprogramme sollen gezielt Kinder und Jugendliche erreichen. Jugendparlamente, Demokratiewerkstätten und Peer-Learning-Projekte fördern die politische Teilhabe junger Menschen.

Präventive, niedrigschwellige Angebote wie Familienzentren oder Erziehungsberatungsstellen sind flächendeckend auszubauen, besonders in Stadtteilen mit hohem Unterstützungsbedarf. Alleinerziehende benötigen wohnortnahe Beratung, flexible Kinderbetreuung und Qualifizierungsmöglichkeiten. Eine nachhaltige Personalpolitik soll Betreuungszeiten in Kitas und Schulen sichern. Die Zusammenlegung zu einem städtischen Jugendamt könnte die Jugendhilfe stärken.

Frankfurt soll eine verbindliche Willkommenskultur etablieren: durch interkulturelle Öffnung aller Ämter, Reform der Ausländerbehörde und gezielte Personalgewinnung mit Migrationshintergrund. Neuankömmlinge erhalten ab dem ersten Tag kostenlosen Zugang zu Sprachkursen, beruflichen Angeboten und Kinderbetreuung – unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Integrationslots:innen begleiten Neuzugewanderte beim Zugang zu Leistungen, Wohnraum und Arbeit. Ein Integrationsfonds finanziert den Gesamtansatz, eine unabhängige Antidiskriminierungsstelle wirkt Diskriminierung entgegen.

Pflegekräfte brauchen faire Löhne und Anerkennung, etwa durch einen Frankfurt-Zuschlag. Quartiersnahe Pflegeangebote, Kurzzeit- und Tagespflegeplätze sowie barrierefreie öffentliche Räume sind auszubauen. Hitzeschutzprogramme und digitale Teilhabeangebote ergänzen das Konzept für ein gutes Leben im Alter.

Kostenloses WLAN in allen Stadtteilen, die Ausleihe digitaler Endgeräte und barrierefreie Online-Services sowie leicht zugängliche Anlaufstellen sollen digitale Teilhabe ermöglichen. Eine zentrale Engagement-Plattform bündelt Ehrenamtsangebote, während transparente, diskriminierungsfreie KI-Systeme in Verwaltung und Sozialwesen durch öffentliche Kontrolle und ethische Leitlinien sichergestellt werden.

Schließlich: Frankfurt braucht eine verbindliche, ressortübergreifende Sozialpolitik, die Armut bekämpft, Teilhabe garantiert und Vielfalt als Stärke begreift. Nur so entsteht eine Stadt, in der alle Menschen gleichberechtigt leben können.

Rückmeldungen und Vorschläge zur Weiterentwicklung der Leitlinien sind willkommen!

➔ Hans-Georg.Weigel@awo-frankfurt.de

ERBSCHAFTSSTEUER

IST „OMA IHR KLEIN HÄUSCHEN“ IN GEFAHR?

Herbert Stelz, Stv. Vorsitzender des Präsidiums

Die Aufregung war groß: „... beinhardter Kampf zwischen Union und Sozialdemokraten!“ dramatisierte die Bild-Zeitung. Das „Ende der großen deutschen Familienunternehmen in unserem Land“ prophezeite CDU-Mittelstandschef Christian von Stetten, selbst für bescheidenere Erbschaften wurde Angst gemacht: Wenn sie „Oma ihr klein Häuschen“ erben würden, müssten sie es gleich wieder verkaufen, um die darauf verlangten Steuern bezahlen zu können.

Der Grund: Die SPD hatte sich ein Reizthema vorgenommen, die dringend notwendige Reform des Erbschaftssteuerrechts. Dringend deswegen, weil das Bundesverfassungsgericht seit Jahren von der Regierung eine Neuregelung verlangt. Bereits im Dezember 2014 hatte der Erste Senat genau die Paragraphen des Erbschaftsteuer- und Schenkungssteuergesetzes für verfassungswidrig erklärt, mit denen die Abgaben immer geringer werden, je reicher die Steuerpflichtigen sind.

In diesem Jahr will das oberste Gericht erneut über das Thema entscheiden. Erscheint es da nicht sinnvoll, wenn die Politik sich vorab Gedanken über eine Reform der beanstandeten Paragraphen macht? So will die SPD kleine Erbschaften entlasten und große mehr und viele überhaupt erstmal besteuern. Denn in den letzten 10 Jahren wurde fast fünfhundertmal Vermögen im Wert von 100 Millionen Euro oder mehr vererbt. In mehr als der Hälfte der Fälle wurde kein Cent Steuern bezahlt. Manche nennen die Erbschaftssteuer auch Dummensteuer.

Das System krankt an einem Grundübel: Wer normal seine Arbeitskraft verkauft, zahlt überproportional viele Steuern an den Staat. Wer hingegen nur vom oft ererbten Vermögen lebt, bleibt weitgehend von Ansprüchen verschont. „Es gibt weltweit kaum ein Land, das Arbeit stärker und Vermögen geringer besteuert als



Deutschland“, sagt Professor Marcel Fratzscher, Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin.

Ein Hauptargument der Gegner der SPD-Vorschläge ist deren Befürchtung, dass bei einer spürbaren Besteuerung die Erben eines Betriebs nicht mehr genug Geld für den Weiterbetrieb hätten und dies zur Pleite führen werde. Damit große Firmen und Konzerne die Erbschaftsteuer ohne Gefahr für die Arbeitsplätze zahlen können, soll die Steuerschuld laut SPD-Konzept auf bis zu 20 Jahre gestundet werden, kein Betrieb soll gefährdet werden. Und auch „Oma ihr klein Häuschen“ ist nicht in Gefahr. Jede Person soll bis zu einer Million steuerfrei erben können.

PFLEGEDIENST-MINI STATT RTW

WIE WEITER MIT DER PFLEGEVERSICHERUNG?

Herbert Stelz, Stv. Vorsitzender des Präsidiums

Nicht mal sechs Monate hat die Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Reform der Pflegeversicherung beraten. Doch das meiste bleibt unklar. Nahezu der einzige Punkt, bei dem sich Union und SPD einig sind, ist die Tatsache, dass die Pflegeversicherung nur einen Teil der Kosten trägt. Der andere, wesentlich größere, ist der sogenannte Eigenanteil, den der Versicherte selber berappen muss. Und der steigt bedrohlich. Soeben wird berichtet, dass er um durchschnittlich 260 Euro pro Monat auf bis zu 4.000 Euro gestiegen ist. Nicht selten und leider auch für die meisten Bewohner der Häuser der AWO Frankfurt.

„Knackpunkt der Reform ist und bleibt eine nachhaltige Finanzierung des Systems“, sagte Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) bei der Vorstellung der Ergebnisse der Beratungen in Berlin.

Die meisten Themen blieben in der Arbeitsgruppe strittig, so zum Beispiel die Frage, ob die Länder künftig höhere Investitionskosten übernehmen sollen. Immerhin wurden ein paar Reformideen diskutiert. Vor allem die Prävention soll gestärkt werden. So sollen Pflegebedürftige zu Hause nicht mehr nur alle paar Monate angerufen werden, sondern sie sollen feste Ansprechpartner:innen und



regelmäßige Hausbesuche bekommen. Über ein Pflegenotfall-Telefon wurde diskutiert. Wer akute Hilfe benötigt, ruft heute meist zwangsläufig den Krankenwagen, den RTW. Stattdessen soll zunächst der Pflegedienst kommen, was oft ausreicht.

In der Pflegeversicherung droht ein Milliardenloch. Da muss auch über höhere Einnahmen nachgedacht werden. So könnte eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze auf das Niveau der Rentenversicherung die Kasse aufbessern. Wer viel verdient, zahlt auf ein höheres Einkommen Pflegebeiträge. Für die breite Mehrheit würde sich nichts verändern. Strittig ist auch ein anderer Vorschlag: Nicht nur die Einkünfte durch Arbeit sondern auch Kapital- und Vermietungseinkünfte könnten einbezogen werden.

Manche sehen in privaten Pflegezusatzversicherungen eine Lösung. Doch Verbraucherschützer warnen. Die seien selten verbraucherfreundlich und sie könnten das finanzielle Risiko nicht ausreichend und auch nicht ausreichend fair und gerecht absichern. Die Pflegereform dürfe kein Geschenk an die Versicherungsbranche werden. Man darf gespannt sein, ob der Fahrplan tatsächlich dazu führt, dass eine wirkliche Reform bis Ende des Jahres Wirklichkeit wird.

ARBEITERWOHLFAHRT 2.0

IMPULSE FÜR DAS EHRENAMT

✉ Roland Sautner, Beisitzer im Präsidium

Das Herz der AWO ist der Mitgliederverband. Dieser ist der Ort, an dem sich Menschen engagieren, Gemeinschaft erleben und Gesellschaft mitgestalten können. Die Basis für alle Verbands-Aktivitäten und das Ehrenamt bilden unsere 32 Ortsvereine. Als Kern unserer Verbandsarbeit sind sie in den Stadtteilen verankert, leisten Beratung und schaffen Räume für Begegnungen und Geselligkeit.

Gesellschaftliche Entwicklungen wie zunehmende Individualisierung und Digitalisierung verändern auch die Mitgliedschaft in unserem Verband. Ortsvereine benötigen mehr Unterstützung. Zugleich gilt es, neue Zielgruppen durch neue Formen des Miteinanders anzusprechen.

Vor diesem Hintergrund haben Mitglieder aus Präsidium und Ortsvereinen gemeinsam Ideen entwickelt, wie die Arbeit vor Ort gestärkt und durch ergänzende Formate Motivation und Engagement gefördert werden können. Mit Unterstützung des Verbandsreferats sollen so kurz-, mittel- und langfristig Innenleben und Außenwirkung des Verbandes verbessert werden.

Im Zentrum steht ein Arbeitsgruppen-Modell, das Engagement und Motivation unserer Mitglieder für die Weiterentwicklung des Verbandes aufgreift und zugleich Räume schafft, in denen dieses Engagement gelebt werden kann.

Dieses Modell besteht bislang aus drei Arbeitsgruppen (AGs), die offen für alle Mitglieder des Kreisverbandes sind: die AG „Ehrenamt“, die AG „Eine AWO“ und die AG „AWO Sozial“.

AG „EHRENAMT“ SCHAFFT UNTERSTÜTZUNG

Ein kleiner Teil unserer Ortsvereine benötigt Hilfestellungen bei der Bewältigung bürokratischer Aufgaben. Nach einer umfangreichen Bedarfsanalyse bietet unser Verbandsreferat konkrete Hilfen an. So kann die Führung der Ortsvereinskassen an den Kreisverband abgegeben werden und für Veranstaltungen können logistische Hilfen beansprucht werden.

Ergänzend hat die AG „Ehrenamt“ weitere Maßnahmen vorgeschlagen, mit dem Ziel, die lebendige Arbeit unserer Ortsvereine aufrecht zu erhalten und in jedem Frankfurter Stadtteil weiterhin einen Ansprechpartner der AWO zu gewährleisten.

Zur Stärkung des Austauschs zwischen den Ortsvereinen finden auf Initiative der AG jährlich mindestens drei Ortsvereinsfrühstücke in der AWO



Roland Sautner, Pate der AG Ehrenamt, beim Ortsvereinsfrühstück Mitte Januar.

Geschäftsstelle statt. Sie verbinden Erfahrungsaustausch, Verbandsinformationen und kulturelle Impulse, die auch für die Arbeit vor Ort nutzbar sind. Künstler*innen präsentieren jeweils einen Ausschnitt ihres Schaffens, um Anregungen zu geben.

AG „EINE AWO“ VERBINDET HAUPT- UND EHRENAMT

Das Hauptamt und das Ehrenamt sind die zwei starken Säulen unseres Sozialverbandes. Um die Potentiale und Ressourcen einer verstärkten Kooperation von Mitgliederverband und Sozialunternehmen auszuloten, gründete sich die AG „Eine AWO“.

Vielerorts kooperieren die Ortsvereine mit den AWO-Einrichtungen in ihrem Umfeld. Diese Ansätze versucht die AG aufzunehmen, zu verstärken und in den jeweiligen Sozialräumen zu etablieren bzw. auszubauen – oder auf andere Stadtteile zu übertragen.

MITMACHEN UND MITGESTALTEN!

Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen, sich an den Aktivitäten der AGs zu beteiligen. Sei es befristet für ein spezielles Projekt; sei es kontinuierlich über einen bestimmten Zeitraum. Ansprechpartner*innen in unserem Verbandsreferat sind Lisa Schmidt (T: 069 29 89 01 81, Lisa.Schmidt@awo-frankfurt.de) und Christoph Hoffmeier (T: 069 29 89 01 41, Christoph.Hoffmeier@awo-frankfurt.de). Sie geben gerne Informationen und Termine für die AGs weiter.

In ihrer Kölner Erklärung von 2019 hat die AWO dieses Konzept als verbandspolitischen Grundsatz formuliert.¹

In zwei Regionen Frankfurts werden aktuell Modelle entwickelt, die Haupt- und Ehrenamt enger miteinander verbinden und gemeinsame Impulse für den Sozialraum setzen.

AG „AWO SOZIAL“ SCHÄRFT SOZIALPOLITISCHES PROFIL

Die AG „AWO Sozial“ schärft das sozialpolitische Profil des Kreisverbandes und bringt sich in die kommunale Debatte ein. Frankfurt ist eine Großstadt, in der Wohlstand und Armut, kulturelle Vielfalt und soziale Ungleichheit direkt aufeinandertreffen. Vor diesem Hintergrund ist eine sozialpolitische Positionierung des Kreisverbandes dringend geboten.

Die Metropole verfügt über viele soziale, Bildungs- und Jugendangebote, die jedoch oft unverbunden nebeneinanderstehen. Erst durch ihre konsequente Bündelung, lückenlose Übergänge und eine enge Verzahnung lässt sich soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit nachhaltig sichern.

Thematischer Schwerpunkt der AG ist die Erarbeitung sozialpolitischer Leitlinien (siehe Beitrag Seite 9) und von Veranstaltungen zur Belebung des sozialpolitischen Diskurses (siehe Beitrag Seiten 3–5). Die Leitlinien werden zur nächsten Kreiskonferenz vorgelegt, um dort beschlossen zu werden.

¹ Kölner Erklärung „AWO aktiv im Quartier – Ehrenamt und Hauptamt – Hand in Hand“ am 04.05.2019 in Köln, www.awo-aktiv-im-quartier.de/materialien/bundesverbands/broschueren/

80 JAHRE DABEI

AGGI SCHWARZ UND IHRE AWO

👤 Lisa Schmidt, Verbandsreferentin

Seit ihrer Geburt ist Agnes „Aggi“ Schwarz Mitglied der AWO Frankfurt. Ein guter Anlass, einen Blick auf ihr Leben und ihr Engagement zu werfen.

Aufgewachsen ist Aggi im Gallusviertel, genauer gesagt im sogenannten „Roten Block“. Das Gallus war damals ein ausgeprägtes Industrie- und Arbeiterviertel, bekannt für seine politisch aktive Arbeiter*innenschaft. Entsprechend war auch Aggis Elternhaus stark sozialistisch und kommunistisch geprägt. Engagement gehörte hier zum Alltag.

Ihre Eltern waren in zahlreichen Vereinen aktiv. Neben ihrem Einsatz im örtlichen Schwimmverein erinnert sich Aggi besonders daran, dass ihre Mutter bereits zu Hause Mitgliedsbeiträge für die Arbeiterwohlfahrt kassierte. Es überrascht daher kaum, dass Aggi später selbst Verantwortung übernahm: Viele Jahre arbeitete sie als Assistentin der Geschäftsführung und Buchhalterin beim Dienstleistungsunternehmen WISAG, bevor sie im Ortsverein Gallus das vertrauensvolle Amt der Kassiererin übernahm.

Ein intensiverer Kontakt zur AWO entwickelte sich zunächst über ihre Mutter, die in das Johanna-Kirchner-Altenpflegezentrum (JoKi) zog. Dadurch lernte Aggi die vielfältigen Aktivitäten und Feste der AWO Frankfurt kennen. Besonders in Erinnerung geblieben sind ihr die Sommerfeste der 1970er- und 1980er-Jahre, die sie als einige der schönsten Feste Frankfurts beschreibt. Die kulturelle Vielfalt der beteiligten Gruppen aus dem Gutleut- und Bahnhofsviertel machte diese Veranstaltungen so besonders.

Ihr eigenes Engagement im Ortsverein Gallus begann jedoch erst später. Im Rahmen einer Stolpersteinverlegung traf Aggi auf Thomas Sock, den späteren Vorsitzenden des Ortsvereins. Die beiden kannten sich bereits aus Kindheitstagen. Auf seine Initiative hin wurde Aggi schließlich Mitglied im Ortsverein Gallus.

Bis heute ist Aggi Kassiererin, aktives Mitglied und die „gute Seele“ des Ortsvereins. Damit blickt sie auf eine beeindruckende 80-jährige Mitgliedschaft in der AWO Frankfurt zurück. In dieser Zeit hat der Verband viele Höhen, aber auch schwierige Phasen erlebt. Besonders in den Jahren 2018/2019 erschütterte der sogenannte AWO-Skandal rund um die Familie Richter den Verband, führte zu massiven Vertrauensverlusten und zahlreichen Austritten.

Warum ist Aggi der AWO dennoch treu geblieben? Ihre Antwort ist klar: „wegen der Menschen“. Für sie stand und steht stets das Wohl der Bewohner*innen in den Pflegeeinrichtungen im Mittelpunkt. Durch ihre direkten Einblicke ins JoKi wusste sie, dass nicht die Pflegekräfte oder ehrenamtlich Engagierten für die Missstände verantwortlich waren. Vielmehr erlebte sie, wie Mitarbeitende und Ehrenamtliche – ebenso wie der damalige Verbandsreferent Henning Hoffmann – dafür kämpften, das positive Bild der AWO zu bewahren und den Verband wieder auf einen guten Weg zu bringen.

Für die Zukunft wünscht sich Aggi vor allem eines: neue Mitglieder – am liebsten junge Menschen, die sich einbringen und die Werte der AWO weitertragen.



© Mario Lubrich/AWO Frankfurt

GELEBTE SOLIDARITÄT

„MEIN ERSTER SCHULRANZEN“ – EIN HERZENSPROJEKT

👤 Petra Rossbrey, Vorsitzende des Präsidiums

Ein Projekt, das beispielhaft zeigt, was gelebte Solidarität bedeutet, ist „Mein erster Schulranzen“. Seit 2007 sorgt dieses Herzensprojekt dafür, dass Kinder aus einkommensschwachen Familien mit einem schönen, voll ausgestatteten Schulranzen in ihren neuen Lebensabschnitt starten können.

Denn ein Schulranzen ist weit mehr als nur ein Gebrauchsgegenstand – er steht symbolisch für Chancengleichheit, Bildung und einen guten Start ins Leben. Kein Kind sollte sich am ersten Schultag ausgeschlossen fühlen, weil die Ausstattung fehlt – und dank dieses Projekts muss das keines.

EINE IDEE WIRD ZUR BEWEGUNG

Ins Leben gerufen wurde „Mein erster Schulranzen“ von Barbara Schwarz, der Vorsitzenden des AWO-Ortsvereins Bergen-Enkheim. Mit viel Idealismus, Organisationstalent und Beharrlichkeit hat sie das Projekt aufgebaut – unterstützt von engagierten Mitstreiterinnen und Mitstreitern, darunter Henning Hoffmann, unser ehemaliger Verbandsreferent, und ihr leider zu früh verstorbener Ehemann Eberhard.

Die Idee entstand aus einem einfachen, aber zutiefst menschlichen Gedanken heraus: Kein Kind darf wegen Armut anders behandelt werden. Und dieser Gedanke wurde zu einer Bewegung. Bereits im ersten Jahr, 2008, konnten 60 Schulranzen an Kinder in Bergen-Enkheim, Fechenheim, Riederwald und Seckbach übergeben werden. Heute sind es rund 1.000 Schulranzen pro Jahr.

Mit Aktionen wie dem Kuscheltier-Stopfen zu Ostern oder Weihnachten im Hessen-Center wurde das Projekt weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannt – die AWO wurde sichtbar als lebendiger, solidarischer Verband.

Später übernahm die Abteilung Fundraising die finanzielle Organisation, doch Barbara Schwarz blieb die Seele des Projekts – Ansprechpartnerin, Koordinatorin, Herz. Sie freut sich über jede Rückmeldung der Ortsvereine und über die vielen Geschichten von Kindern, die dank des Projekts einen schönen Schulanfang erleben durften.

SEELE DES PROJEKTS GEEHRT

Das Projekt „Mein erster Schulranzen“ zeigt, wie aus einer guten Idee gelebte Solidarität wird – und erinnert uns daran, dass Großes oft mit einem kleinen Gedanken beginnt: mit einer Person, die sagt, „Ich will etwas bewegen.“

Für ihr langjähriges Engagement und ihre unermüdliche Tatkraft wurde Barbara Schwarz nun geehrt. Die AWO dankt ihr von Herzen – für Mut, Mitgefühl und den Einsatz, der zeigt, was unsere Gemeinschaft ausmacht.



© Mario Lubrich/AWO Frankfurt